

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 10.06.2010
im Berufskolleg Bocholt-West, Schwanenstr. 19 - 21, 46399 Bocholt

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Hans-Georg Fischer 48683 Ahaus

Mitglieder:

Herr Thomas Eusterfeldhaus 46399 Bocholt

Herr Heinz Gausling 48739 Legden

Herr Rudolf Geukes 46419 Isselburg

Frau Anne König 46325 Borken

Herr Bernhard Krasenbrink 46395 Bocholt anwesend bis einschl. TOP 1

Frau Karin Mikosch-Eimann 48599 Gronau

Herr Josef Osterhues 48683 Ahaus

Frau Stephanie Pohl 48712 Gescher

Herr Bernhard Probst 48619 Heek

Frau Maja Saatkamp 46325 Borken

Herr Theo Sanders 46399 Bocholt Vertretung für Herrn Bernhard Krasenbrink ab TOP 2

Frau Martina Schrage 48739 Legden

Frau Regina Schulze Wierling 46399 Bocholt

Herr Jens Terbeck 46399 Bocholt

Frau Christel Wegmann 46414 Rhede

Frau Marion Wirth 48703 Stadtlohn

Herr Marco van den Berg 46399 Bocholt

beratende Mitglieder:

Herr Josef Brinkhaus 46359 Heiden anwesend bis einschl. TOP 1

Herr Roger Hartmann 46397 Bocholt

Herr Ulrich Kirchner 48599 Gronau

Herr Josef Lütkecosmann 48301 Nottuln entschuldigt

Herr Nikolaus Ottmann 46325 Borken

Herr Georg Wrede 46325 Borken

Vertreterinnen der Verwaltung:

Herr Dr. Ansgar Hörster
Herr Bernhard Grote
Herr Hubert Punsmann
Frau Elisabeth Büning
Herr Torsten Henseler
Herr Peter Sonntag
Herr Jürgen Geuting

als Gäste:

Herr Johannes Bruns, Gebäudewirtschaft der Stadt Bocholt
Herr Achim Lütkemöller, Gebäudewirtschaft der Stadt Bocholt
Frau SAD'in Ulrike Schwarz, Schulamt für den Kreis Borken

Erledigung der Tagesordnung:

Herr Fischer begrüßt um 16:00 Uhr die Ausschuss-Mitglieder und stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift zur letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Er stellt fest, dass Anfragen von BÜNDNIS `90/DIE GRÜNEN und Anträge von SPD und BÜNDNIS `90/DIE GRÜNEN vorgelegt wurden.

Er schlägt vor, die Anfrage 0135/2010 – Kompetenzzentrum – und den Antrag von BÜNDNIS `90/DIE GRÜNEN 0136/2010 – Erarbeitung eines Aktionsplanes für Inklusion – unter TOP 2 abzuhandeln. Die Anträge der SPD 0138/2010 – Schulentwicklungsplanung – und von BÜNDNIS `90/DIE GRÜNEN 0134/2010 – Schulentwicklungszahlen – sollen als neuer TOP 5 behandelt werden. Dem wird zugestimmt.

Herr Fischer begrüßt Herrn Kirchner als Leiter des Berufskollegs Bocholt-West sowie Herrn Eiting als stellvertretenden Schulleiter. Zum Einstieg in die vorgesehene Besichtigung des Berufskollegs Bocholt-West bittet der Vorsitzende Herr Kirchner, einige grundlegende Informationen zum Berufskolleg Bocholt-West zu geben. Im Anschluss führen Herr Kirchner und Herr Eiting die Ausschuss-Mitglieder durch das Berufskolleg.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Bauliche Veränderungen für das Berufskolleg Bocholt-West Vorlage: 0130/2010

Berichterstatter: KVD Bernhard Grote

Herr Fischer begrüßt die Herren Bruns und Lütkemöller von der Gebäudewirtschaft der Stadt Bocholt. Er bittet Herrn Bruns um Erläuterung des bislang erreichten Stadiums der Planungen sowohl für den Bereich des Selbstlernzentrums und der Anpassung des Eingangsbereiches als auch in Bezug auf eine Mensa für den Ganztagsbetrieb am Berufskolleg Bocholt-West.

Herr Bruns beschreibt die aus dem Berufskolleg heraus definierten Anforderungen an die Planung des Selbstlernzentrums, der Umgestaltung des Eingangsbereiches und der Einbindung einer Mensa in die vorhandenen Gebäude des Berufskollegs Bocholt-West. Er stellt fest, dass angesichts der hohen Nutzungsdichte im Schulgebäude keine Möglichkeiten bestehen, für diese Zwecke andere Räume zur Verfügung zu stellen. Er verweist darauf, dass im Unterschied zum Selbstlernzentrum die Vorplanung der Mensa noch nicht so weit vorangeschritten sei, dass sie bereits entscheidungsreif wäre. Es gebe noch einige offene Fragen, die einer Lösung bedürften. (Die zugrundeliegende Präsentation wird als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.)

Herr Osterhues fragt nach der Gebäudesubstanz und entsprechend erforderlicher Gebäudeunterhaltung. Herr Bruns verweist darauf, dass jährlich in Abstimmung zwischen der Gebäudewirtschaft der Stadt Bocholt, der Schule und dem Kreis ein Unterhaltungsprogramm abgestimmt werde. Dabei werde nach Möglichkeit auch den Wünschen der Vertreter des Berufskollegs entsprochen. Herr Krasenbrink erkundigt sich, ob zu den gerade präsentierten Entwürfen bereits eine vertragliche Regelung zwischen der Stadt Bocholt und dem Kreis Borken bestehe. Herr Hörster weist darauf hin, dass bis zur abschließenden Beschlussfassung über das Bauvorhaben, die im Rahmen der

Haushaltsplanberatungen für 2011 vorgesehen sei, eine ausführungsfähige Planung erstellt werden solle, die auch für die erforderliche vertragliche Regelung zwischen Stadt Bocholt und Kreis Borken die Grundlage liefern werde.

Für die SPD begrüßt Herr Geukes die vorgestellte Planung. Er betont, dass der Ganztagsbetrieb ja offensichtlich auf Wünsche aus dem Handwerk zurückgehe. Insbesondere sei auch der Ganztagschulbetrieb zu befürworten. Daher müsse auch die Bereitstellung einer Mensa im Blick bleiben. Auf die Frage nach der Berücksichtigung der Barrierefreiheit für die geplanten neuen Gebäudeteile bestätigt Herr Bruns, dass diese Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Herr Brinkhaus verweist auf die Sitzungsvorlage und bittet um Bestätigung, dass auch das Vorhaben beim Berufskolleg Borken zeitgleich umgesetzt werde. Herr Sonntag stellt fest, dass die Entwurfsplanung für das Berufskolleg Borken parallel erfolge.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss nimmt den Stand der Planungen für das Berufskolleg Bocholt-West und für das Berufskolleg Borken zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Planungen weiter zu führen.

Punkt 2: - Inklusive Bildung
- Pilotprojekt "Kompetenzentren sonderpädagogischer Förderung im Kreis Borken"
- mündliche Berichte der Verwaltung und eines/r Vertreters/-in des Schulamtes für den Kreis Borken

Berichtersteller/-innen: KD Dr. Ansgar Hörster
Elisabeth Büning – FB 18-Bildungsbüro
Frau Schwarz, Schulamtsdirektorin,
Schulamt für den Kreis Borken

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS `90/DIE GRÜNEN

- Kompetenzzentren

Sitzungsvorlage Nr. 0135/2010

Berichterstellerin: Frau Maja Saatkamp

Antrag der Fraktion BÜNDNIS `90/DIE GRÜNEN

- Erarbeitung eines Aktionsplanes für Inklusion

Sitzungsvorlage Nr. 0136/2010

Berichterstellerin: Frau Maja Saatkamp

Herr Dr. Hörster trägt vor, dass es sich beim Thema Inklusion um eine anspruchsvolle und vielschichtige Themenstellung handele. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema sei zuletzt in der Bundesrepublik und auch in Nordrhein-Westfalen zunehmend intensiver geworden. Der Bogen der Diskussion reiche von der Frage einer allgemein anerkannten Definition dieses Begriffes über die Auslegung der UN-Behindertenrechtskonvention, der daraus abzuleitenden juristischen Konsequenzen bis hin zu Fragen der zeitlichen Einschätzung der einhergehenden Veränderungen. Insgesamt ließe sich feststellen, dass ein enormer Informationsbedarf bestehe. Gleiches gelte auch für das Pilotprojekt „Kompetenzzentren sonderpädagogischer Förderung im Kreis Borken“. Auf Anfrage habe inzwischen das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen schriftlich mitgeteilt, dass beabsichtigt sei, den Kreis Borken zum 01.08.2010 in die Pilotphase für den Ausbau von Förderschulen zu Kompetenzzentren auf der Grundlage des Antrages vom 13. Oktober 2009 einsteigen zu lassen. Daraus ließe sich schließen, dass der Kreis Borken davon ausgehen könne, dass wie beantragt zum neuen Schuljahr die Kompetenzzentren an den Start gehen werden. Anschließend geben Frau Büning sowie Frau Schulamtsdirektorin Ulrike Schwarz anhand der der Niederschrift als Anlage 2 beigefügten Power-Point-Präsentation einen Überblick über die Themen Inklusion und Kompetenzzentren sonderpädagogischer Förderung im konkreten Bezug zum Kreis Borken.

Frau Saatkamp führt aus, dass mit den aufgeführten Aspekten und Erläuterungen der Antrag 0135/2010 noch nicht komplett erfasst sei. Der Elternwille sollte deutlicher berücksichtigt werden, um Konflikte und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Herr Dr. Hörster stellt hierzu fest, dass die Verwaltung an dieser Themenstellung engagiert arbeite, weil es wichtig sei, viele Beteiligte mitzunehmen. Allerdings gebe es keine klaren Vorgaben, so dass nur Schritt für Schritt vorgegangen werden könne. In drei Jahren sei die Pilotphase zu prüfen und zu entscheiden, welche Schlüsse daraus gezogen werden könnten. Darüber hinaus fehle für einen Aktionsplan Inklusion derzeit der rechtliche Rahmen. Allerdings könne zur Zeit festgestellt werden, dass wohl zum Schuljahresbeginn 2010/2011 die Kompetenzzentren sonderpädagogischer Förderung an den Start gingen. Für alle mit dem Thema Inklusion in Zusammenhang stehenden Fragen stehe der Arbeitskreis Behindertenhilfe als Plattform zu Verfügung. Im Herbst sei zu dem Thema Inklusion eine Veranstaltung vorgesehen, die dazu dienen solle, den Zwischenstand zu dokumentieren und öffentlich zu machen. Gleichwohl müsse festgestellt werden, dass eine seriöse Planung über einen kurzen Zeitraum hinaus, wegen zu vieler Unwägbarkeiten, nicht möglich sei.

Frau Schwarz betont, dass die angesprochene Elternbeteiligung künftig intensiviert werden solle, z. B. über Schulkonferenzen und auch über Pflichtveranstaltungen für Eltern von Vierjährigen. Gerade an dieser Stelle gebe es großes Potential, Eltern zu informieren. Herr Fischer, Herr Probst und Frau König betonen, dass ein Vorschlag in Richtung eines Aktionsplanes erst dann auf die Tagesordnung gesetzt werden könne, wenn der rechtliche Rahmen geklärt sei. Außerdem seien einzelne Ansätze auch schon in der gerade vorgelegten Präsentation enthalten. Herr Dr. Hörster ergänzt, dass das Thema regelmäßig auf die Tagesordnung gesetzt werden solle. Frau Saatkamp zieht daraufhin den Antrag „Erarbeitung eines Aktionsplanes für Inklusion“ zurück.

**Punkt 3: Schulsozialarbeit an der Hans-Christian-Andersen-Schule - Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung
Vorlage: 0131/2010**

Berichterstatter: KD Dr. Ansgar Hörster
KVD Bernhard Grote

Herr Dr. Hörster trägt ergänzend zur Sitzungsvorlage vor, dass die Lehrerbemessung an der Hans-Christian-Andersen-Schule noch unklar sei. Es gebe hingegen Übereinstimmung mit der Schulleitung, dass die Spielregeln der künftigen Schulsozialarbeit an der Hans-Christian-Andersen-Schule noch nicht vollends geklärt seien. Gleichwohl solle die Schulsozialarbeit aber auch nicht zum Ende des Schuljahres 2009/2010 auslaufen. Deshalb sei eine erneute Verlängerung um ein Halbjahr die beste Lösung. Für die SPD stellt Herr Geukes die Bedeutung von Schulsozialarbeit heraus und unterstützt den Vorschlag der Verwaltung.

Beschluss: einstimmig

1. Die Schulsozialarbeit an der Hans-Christian-Andersen-Schule wird über das Schuljahresende 2009/2010 hinaus bis zum Jahresende 2010 weitergeführt.
2. Zur Beratung im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 erarbeitet die Verwaltung in Abstimmung mit der Schulleitung der Hans-Christian-Andersen-Schule ein langfristig ausgerichtetes Konzept zur künftigen Ausrichtung der Schulsozialarbeit an der Hans-Christian-Andersen-Schule.

Punkt 4: Lernen vor Ort - mündlicher Zwischenbericht

Berichterstatter: Frau Elisabeth Büning – Leiterin Bildungsbüro
Herr Torsten Henseler

Frau Büning und Herr Henseler tragen mittels einer Power-Point-Präsentation den aktuellen Stand des Projekts „Lernen vor Ort“ vor (Anlage 3).

Beschluss: einstimmig

Punkt 5: **geändert:**
Antrag der SPD-Fraktion - Schulentwicklungsplanung
Sitzungsvorlage Nr. 0138/2010
Anfrage der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN
- Schulentwicklungszahlen -
Sitzungsvorlage Nr. 0134/2010

Antrag der SPD-Fraktion - Schulentwicklungsplanung
Sitzungsvorlage Nr. 0138/2010

Berichterstatter: Herr Rudolf Geukes

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN – Schulentwicklungszahlen
Sitzungsvorlage Nr. 0134/2010

Berichterstatterin: Frau Maja Saatkamp

Für die SPD-Fraktion verweist Herr Geukes auf die zum Budget 05.01.01 – Zentrale Steuerung und Beratung im Haushaltsplan fixierte Kurzbeschreibung und die dazu aufgeführten globalen und konkreten Zielsetzungen. Er betont, dass es wichtig sei, wie auch schon in dem Antrag formuliert, der Verpflichtung zur Schulentwicklungsplanung nachzukommen und nach der Regierungsbildung in NRW anzugehen. Frau König weist auf das Regionale Bildungsnetzwerk hin und schlägt vor, die Frage nicht jetzt zu entscheiden, sondern wegen der unklaren Regierungssituation im Herbst aufzugreifen und zu entscheiden. Frau Saatkamp trägt vor, dass der Kreis mit den Städten und Gemeinden ein entsprechendes Verfahren abstimmen solle. Herr Dr. Hörster und Frau Büning wenden ein, dass für Schulentwicklungsplanung im Kreise Borken 18 öffentliche Schulträger Zuständigkeiten haben. Eine Bildungsplanung, die die verschiedenen Bildungsbereiche und die entsprechenden Ausprägungen einschließlich der beteiligten Träger berücksichtige, sollte zunächst in der Systematik abgestimmt sein, bevor man anschließend auch daraus eine Schulentwicklungsplanung für die Berufskollegs entwickeln könnte. Die Verwaltung will das Thema im Sinne einer regionalen Bildungsplanung aufgreifen und die unterschiedlichen Aspekte zusammentragen. In der nächsten Sitzung des Ausschusses werde das Thema erneut aufgegriffen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag der SPD-Fraktion mit folgendem geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung „Der Ausschuss für Bildung und Schule empfiehlt dem Kreistag einen Schulentwicklungsplan für die Berufskollegs auf den Weg zu bringen.“

Beschluss: 5 Ja-Stimmen
 10 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zur Anfrage 0134/2010 trägt Frau Schulamtsdirektorin Ulrike Schwarz vor, dass es auf die Frage, wie viele Eltern das Recht auf eine inklusive Beschulung ihrer Kinder einfordern werden, keine Klarheit gebe. Es werde auch zum nächsten Schuljahr noch amtliche Zuweisungen geben. Gleichwohl seien dies aber Einzelfallentscheidungen hinsichtlich der rechtlichen Situation. Im Falle einer Klage von Eltern auf Umsetzung des Elternwillens sei derzeit keine klare Linie erkennbar. In NRW gebe es bislang keine obergerichtliche Entscheidung. Im Übrigen halte sie es für sinnvoll, jeweils im Februar für das vorhergegangene Schuljahr die entsprechenden Daten und Informationen zusammenzutragen. Aus der Beobachtung der letzten Jahre sei zu berichten, dass die Jahrgangsstärke bei den Einschulungen um ca. 400 bis 450 abgeschmolzen sei.

Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 7: Anfragen

keine

Herr Fischer betont zum Ende der Sitzung, dass es sich um die letzte Sitzung des Ausschusses für Bildung und Schule handele, für die Herr Grote von Seiten der Verwaltung maßgeblich die Verantwortung getragen habe. Diese Funktion habe er seit 1998 in einer Vielzahl von Sitzungen mit Bravour ausgefüllt. Er bedankt sich bei Herrn Grote für die äußerst angenehme und erfolgreiche Zusammenarbeit seit 1998 und überreicht als symbolische Anerkennung ein kleines Präsent, auch in Vertretung für den gesamten Ausschuss. Er verbindet dies mit den besten Wünschen für den bevorstehenden Ruhestand.

Danach schließt Herr Fischer um 19:05 Uhr die Sitzung und wünscht allen Anwesenden eine gute Heimfahrt.

gez.

Hans-Georg Fischer
Vorsitzender

gez.

Jürgen Geuting
Schriftführer